

Zur Bedeutung von Medienbildung und politischer Bildung an Grundschulen

Lisa Charlotte Junghans-Seefeldt

Zusammenfassung

In diesem Beitrag werden die wesentlichen Erkenntnisse der Staatsexamensarbeit *Schulische Kompetenzen in der Gegenwart digitaler Transformation – zur Wichtigkeit von Medienbildung und politischer Bildung an Grundschulen* der Autorin aufgegriffen, die sie im Rahmen des Studiengangs Lehramt an Grundschulen an der TU Dresden verfasste. Dabei werden die wesentlichen Argumente für eine Verknüpfung von Medienbildung und politischer Bildung zunächst auf theoretischer und dann auf empirischer Ebene aufgezeigt.

Schlüsselbegriffe: ● Medienpädagogik ● Medienbildung ● Politische Bildung ● Medienkompetenz ● Politische Medienbildung ● Grundschule

Einleitung

Unsere heutige Welt zeigt sich als eine von Medien durchzogene, eine digitalisierte Welt. Etabliert hat sich eine Netzöffentlichkeit, welche die traditionelle Öffentlichkeit zunehmend ablöst und auf diese Weise ermöglicht, dass potenziell jede/r als Sender*in, Empfänger*in und möglicherweise auch Produzent*in von Informationen gelten kann (vgl. Kenner/Lange 2018, S. 15). Auf politischer Ebene ergibt sich dadurch zugleich die Möglichkeit eines direkten Dialogs zwischen Bürger*innen und Politiker*innen. Letztere wissen um jene wirkungsvolle Form der Kommunikation und nutzen diese gezielt (vgl. Kneuer 2017, S. 46). Erforderlich werden durch das Internet und die damit verbundene, stets wachsende sowie ungeordnete Informationsflut als auch einer gleichzeitig vorhandenen gesteigerten Zugänglichkeit zu (falschen) Informationen angepasste Fähigkeiten eines entsprechenden Umgangs seitens der Bürger*innen (vgl. Oberle 2017, S. 189).

Durch die Omnipräsenz digitaler Medien in der Gesellschaft ist zudem davon auszugehen, dass nicht nur die Lebenswelt der erwachsenen Bürger*innen, sondern vielmehr auch die kindlichen Lebenswelten zunehmend von digitalen Medien durchdrungen werden. Auf Basis der

KIM-Studie 2022 steht fest, dass bereits ein breites Medienrepertoire in den Haushalten der 6- bis 13-Jährigen vorhanden ist und fast alle untersuchten Familien über einen Internetzugang, Handys, bzw. Smartphones, Fernsehgeräte als auch Computer bzw. Laptops (vgl. MPFS 2022, S. 5) verfügen. Für bereits jedes fünfte Kind der Altersgruppe von sechs bis dreizehn Jahren ist die Nutzung des Internets im Kinderzimmer und somit potentiell der ungehinderte Zugang zu den Weiten der digitalen Welt möglich (vgl. MPFS 2022, S. 6). Mit Blick auf politische Aspekte steht fest, dass Kinder bereits politische Einstellungen über ihre Eltern als wesentliche Sozialisationsinstanz wahrnehmen, in der ersten Klasse schon über politisches Wissen verfügen und Unterscheidungen zwischen verschiedenen Wissensbereichen vornehmen können (vgl. Vollmar 2007, S. 159). Auch Kinder können also bereits als Sender und Empfänger wirksam werden und stehen den medial vermittelten, auch politischen, Informationen z. T. unvermittelt gegenüber.

Sowohl mit Blick auf die Mediennutzung der Kinder als auch mit Blick auf die wahrgenommenen politischen Inhalte lässt sich festhalten, dass Kinder sich im medialen wie politischen Raum bewegen, obgleich nicht automatisch von einer Beherrschung entsprechend notwendiger Kompetenzen ausgegangen werden kann.

Im Rahmen einer Abschlussarbeit wurde daher die Forschungsfrage aufgestellt, welche Bedeutung die Verknüpfung von Medienbildung und politischer Bildung an Grundschulen hat. In Anknüpfung an wesentliche Grundlagen aus bestehender Fachliteratur galt es dabei, mittels leitfadengestützter Expert*inneninterviews durch eine qualitative Inhaltsanalyse Antworten auf die Frage zu generieren.

Die Forschungslage zur Verbindung der beiden Gegenstandsbereiche kann bisher als überschaubar bezeichnet werden und wird zumeist erst ab der Sekundarstufe beobachtbar (vgl. u. a. Asen-Molz/Gößinger/Rank 2020, S. 279). Mit dem Fokus auf Grundschule ist dabei sogar auf eine Leerstelle zu verweisen. Anführen lässt sich dafür beispielhaft, dass eine Begrenzung des Repertoires von Aktivitäten mit Medienbezug in Grundschule vorzuliegen scheint und im Kontext von Lehr-Lern-Prozessen kaum von einer kreativen Verwendung digitaler Medien gesprochen werden kann (vgl. Brüggemann 2019, S. 113). Auch mit explizitem Blick auf die politische Bildung an Grundschule zeigt sich, dass es sich dabei eher um ein „unerforschtes Feld mit großen Desideraten“ (Bade 2024, S. 16) handelt.

Um sich der Forschungsfrage nähern zu können, wurde zunächst auf theoretischer Ebene nach Begründungslinien¹ gesucht. Wesentliche Grundlagen werden nachfolgend skizziert. Hierbei wird auch ein Blick auf den Ist-Zustand an Grundschulen in Bezug auf Medienbildung und politische Bildung geworfen. Im Anschluss daran soll das Forschungsdesign beleuchtet werden. Es folgt die Darstellung der empirisch gewonnenen Ergebnisse anhand ausgewählter Schlüsselkategorien. Der Beitrag schließt mit einem Fazit ab.

¹ Eine verbindende Betrachtung von Medienbildung und politischer Bildung ist u. a. in der Publikation „Medienkompetenz“ von Harald Gapski, Monika Oberle und Walter Stauffer als auch in „Young Citizens“ von Iris Baumgardt und Dirk Lange zu finden.

Medienbildung und Politische Bildung in der Grundschule

Vor dem Hintergrund der Forschungsfrage ist es wesentlich, die Grundschule und ihren Umgang mit Medienbildung und politischer Bildung zu beleuchten. Dafür scheint es ratsam, die entsprechenden Bestimmungen der KMK aufzuzeigen. So lässt sich allgemein festhalten, dass das Herzstück des Bildungs- als auch Erziehungsauftrages der Schule in einer angemessenen Vorbereitung der Schülerinnen und Schüler „auf das Leben in der derzeitigen und künftigen Gesellschaft“ (KMK 2017, S. 10) liegt. Darüber hinaus stellt sich die Befähigung zu „einer aktiven und verantwortlichen Teilhabe am kulturellen, gesellschaftlichen, politischen, beruflichen und wirtschaftlichen Leben“ (ebd.) als zentral heraus.

Da die Digitalisierung alle Lebensbereiche und, mit differenter Intensität, Altersbereiche umfasst (vgl. KMK 2017, S. 11), ist sie demnach nicht auf das schulische Feld begrenzt zu betrachten. Daraus resultiert die Forderung, dass „das Lernen mit und über digitale Medien und Werkzeuge bereits in den Schulen der Primarstufe“ (ebd.) ansetzen sollte. So seien bereits frühzeitig Möglichkeiten zur Kompetenzentwicklung gegeben, welche insbesondere auf eine kritische Reflexion hinsichtlich des Umgangs mit der digitalen Welt und so auch konkret digitalen Medien abzielen (vgl. ebd.).

Im Zuge der aufgestellten Ziele zur Strategie der Medienbildung kann ergänzend angeführt werden, dass Medienbildung nicht im Sinne von jeweiligen Curricula pro Fach zu denken und vielmehr in alle Fachcurricula zu integrieren ist (vgl. ebd., S. 12). Vergessen werden sollte außerdem nicht, dass Schule die einzig verbindliche Bildungseinrichtung darstellt, dort also eine Schwerpunktsetzung hinsichtlich einer Teilhabe an Medienbildung notwendig ist. Zugleich scheint die Medienbildung jedoch eine fehlende Verbindlichkeit und Systematik aufzuweisen (vgl. Tulodziecki 2017, S. 228).

Wie es in der Schulpraxis tatsächlich aussieht, kann unter anderem auf Basis der Studie *Monitor Digitale Bildung* verdeutlicht werden. Dabei lässt sich zentral festhalten, dass das persönliche Engagement der Lehrkräfte ausschlaggebend für die Nutzung digitaler Medien im Unterricht ist, wobei die Art des Einsatzes von den persönlichen Einstellungen, Kompetenzen und Interessen der Lehrkräfte abhängt (vgl. Thom et al. 2017, S. 14f.). Demnach kann von einer starken Varianz hinsichtlich des Einsatzes digitaler Medien ausgegangen werden.

Nachdem der Blick nun auf die Medienbildung an der Grundschule gelegt wurde, soll auch die politische Bildung an der Grundschule betrachtet werden. Allein vor dem Hintergrund, dass im Kindesalter erworbene politische Orientierungen auch im Erwachsenenalter noch relative Beständigkeit aufweisen (vgl. Vollmar 2007, S. 121), ist es unabdingbar, politische Bildung bereits in der Grundschule einfließen zu lassen. Angesichts der „integrative[n] Sachfachstruktur“ (Blaseio 2022, S. 243) ist der Sachunterricht das geeignetste Unterrichtsfach in der Grundschule für die Realisierung politischer Bildung. Darüber hinaus ist ein Beitrag in anderen Fächern leistbar, sodass jene ebenso in den Blick genommen werden sollten (vgl. ebd.). Vielmehr noch „muss politische Bildung [...] über den Sachunterricht hinaus Teil des Selbstverständnisses demokratischer Schulkultur sein[, denn] Grundschulen sind Lernorte der Demokratie“ (Kenner/Lange 2022, S. 24, Anpassung L.J.S.). Allerdings entspricht diese Forde-

rung kaum den vorhandenen, so auch, institutionellen Rahmenbedingungen. Beispielhaft angeführt werden kann hierbei das Klassenlehrer*innenprinzip, welches ein fachfremdes Unterrichten im Sachunterricht durch viele Lehrkräfte zur Folge hat (vgl. Goll/Schmidt 2021, S. 8). Auch werden Themen politischer Bildung oft nur in ungenügendem Maße in Lehrplänen festgehalten und im Unterricht thematisiert (vgl. Girnus 2023), wie sich auch in der eigenen Lehrplanrecherche herausgestellt hat.

Und doch ergibt sich die Notwendigkeit zum Aufgreifen politischer Bildung in der Grundschule, wenn man allein bedenkt, dass Schule als „wichtiger politischer Sozialisationsort“ und nicht als „politisch neutraler Ort“ (Kenner/Lange 2022, S. 25) zu bezeichnen ist. Politisch neutral kann Schule schon deshalb nicht sein, da Grundschulkindern bereits eine politische Involviertheit und Interessiertheit aufweisen sowie über politische Interessen, Kenntnisse als auch Orientierungen verfügen (vgl. Abendschön 2022, S. 64), von welchen anzunehmen ist, dass sie auch im Grundschulalltag Erwähnung finden.

Zum theoretischen Hintergrund

Die überblicksartige Zusammenstellung, welche zugleich um vielfältige weitere Erkenntnisse ergänzt werden könnte, ist als theoretische Rahmung zu verstehen, auf welcher der empirische Teil sodann aufbaut.

Medienbildung und Politische Bildung – zur Verwobenheit der Begriffe

In einem ersten Schritt kann zunächst geprüft werden, inwiefern sich die beiden Bildungsbegriffe selbst nahestehen, beziehungsweise, inwiefern ihnen eine Verwobenheit inne ist. Eine erste inhaltliche Nähe kann dabei durch eine zentrale Eigenschaft der Bildung selbst aufgezeigt werden (vgl. Tulodziecki 2017, S. 225). So lässt sich, wenn auch mit unterschiedlicher Ausrichtung, sowohl für die Medienbildung als auch für die politische Bildung ein Prozesscharakter und somit eine grundsätzliche Unabgeschlossenheit des jeweiligen Verständnisses von Bildung herausstellen (vgl. Herzig 2012, S. 16; Kenner/Lange 2022, S. 23).

Beiden Bildungsbegriffen inhärent ist außerdem der Gedanke der Reflexion. Als wesentliches Stichwort seitens der Medienbildung ist dafür der Begriff der Orientierungsfähigkeit anzuführen (vgl. Herzig 2012, S. 18). So bedarf es der Orientierungsfähigkeit, um stets handlungsfähig zu bleiben und auf die „wachsende Unbestimmtheit und zunehmende Komplexität der Moderne“ (Wolf/Rummler/Duwe 2011, S. 138) reagieren zu können. Der Zusammenhang zwischen Reflexion und Orientierung kann unter anderem mit Wolf, Rummler und Duwe verdeutlicht werden. Jene begreifen Medienbildung als selbstreflexiven Orientierungsprozess und Lernprozess, wobei vorhandene Muster und Strukturen der Weltaufforderung abgelöst werden durch komplexe Perspektiven auf Selbst und Welt (vgl. ebd. S. 137). Seitens der politischen Bildung wird im Kontext der Reflexion der Begriff der Mündigkeit zentral angeführt. Demnach sollten politische Bildungsprozesse stets eine „kritisch-reflexive Mündigkeitsselbstbildung“ (Kenner/Lange 2022, S. 22) als Bezugspunkt nehmen (vgl. ebd.).

Anhand des bereits skizzierten zeigt sich, dass die Medienbildung als auch die politische Bildung übereinstimmende Charakteristika und Ziele aufweisen, womit eine Basis zur Begründung der Verzahnung geschaffen werden kann. Grundsätzlich wird auch in der Literatur eine enge Wechselbeziehung zwischen der Medienbildung und der politischen Bildung gesehen.

Das kann zum Teil bereits mit dem Gedanken begründet werden, dass Politik hauptsächlich medial vermittelt wird und somit durch die mediale Vermittlung eine enge Bindung der politischen Bildung an die Medienbildung vorliegt. Beide Bildungsbegriffe zeigen dabei eine Ausrichtung hin zur gesellschaftlichen Teilhabe (vgl. Herzig/Martin 2017, S. 127). Medien und Politik scheinen somit einen gemeinsamen Handlungsraum aufzuweisen mit gleicher Ausrichtung. Auch Monika Oberle weist auf viele Schnittmengen zwischen der Medienbildung und der politischen Bildung hin (vgl. Oberle 2017, S. 192) Vielmehr noch „greifen [die beiden Bildungsbegriffe] in vielfältiger Weise ineinander“ (ebd., Anpassung: L.J.S.). In diesem Sinne könnte man also von einer Verwobenheit, beziehungsweise Verzahnung sprechen.

Zur besonderen Rolle der Medienkompetenz

Unter Medienkompetenz versteht man die Fähigkeit zur Integration und Verzahnung von „Wissen und Reflexion über die Medienwelt mit dem selbstbestimmten Gebrauch von Medien zur Artikulation und Partizipation“ (Schorb 2017, S. 256). Medienkompetenz meint also deutlich mehr als das Beherrschen von digitaler Technik (vgl. ebd., S. 254). Vielmehr kommt der Medienkompetenz eine gesellschaftliche Bedeutung zu, welche nach Ralf Biermann in der Essenz liegt, dass „Lebenswelten Medienwelten und Medienwelten Lebenswelten sind“ (Biermann 2013, S. 2f.). Medienkompetenz ist jedoch nicht einfach vorhanden, sondern muss durch entsprechende pädagogische Lerngelegenheiten (insbesondere für Jugendliche und Kinder) gefördert werden (vgl. Herzig/Martin 2017, S. 129). Zugleich ist Medienkompetenz in formalen Kontexten aber nicht über reine Vermittlungsprozesse zu erwerben. Vielmehr sind die Kompetenzentwicklung sowie die Kompetenzerweiterung als Erwerbsprozesse zu denken, die ihren Fokus auf Selbststeuerung und Selbstregulation legen (vgl. Herzig 2012, S. 20). Notwendig scheint ein angeleiteter und doch in Auseinandersetzung mit dem eigenen Selbst stam-mender, aus sich selbst kommender Erwerb von Medienkompetenz zu sein.

Insgesamt zeigt sich die Medienkompetenz als „eine auf das gesamte Leben gerichtete Fähigkeit, die in der tätigen Aneignung von Medien real wird“ (Schorb 2017, S. 255). Existieren im Rahmen der Medienpädagogik unterschiedliche Ansichten zur Vereinbarkeit von Medienkompetenz und Medienbildung, soll im Kontext des vorliegenden Beitrages jener Position Folge geleistet werden, welche eine Verbindung als konstruktiv-verbindende Relation versteht (vgl. Tulodziecki 2017, S. 227). Im Sinne Bernd Schorbs ist Medienkompetenz dabei als „Schrittfolge auf dem Weg zur Medienbildung“ (Schorb 2009, S. 8) zu betrachten. Und auch nach Tulodziecki wird dieser Position Folge geleistet, indem er Medienbildung als Prozess begreift, welcher gerahmt wird durch „Zielüberlegungen in der Form anzustrebender Niveaus von Medienkompetenz“ (Tulodziecki 2017, S. 227).

Die Medienkompetenz kann darüber hinaus als „klassisches Ziel politischer Bildung in der Mediendemokratie“ (Oberle 2017, S. 187f.) bezeichnet werden. Sie fußt auf einem „Strukturwissen über Medien“ (Endeward 2019, S. 300) und bildet demnach eine unerlässliche Brücke zwischen Medienbildung und politischer Bildung. Ähnlich verdeutlicht werden kann dieser Aspekt zudem durch die Betrachtung des zentralen Ziels der Medienbildung. Dieses liegt laut Bardo Herzig und Alexander Martin in der Befähigung des Individuums zu selbstbestimmtem, kreativem, sachgerechtem sowie sozial verantwortlichem Handeln in Medienzusammenhängen, um eine politische und kulturelle Partizipation ausüben zu können (vgl. Herzig/Martin

2017, S. 129). Demnach soll das Individuum mittels der Befähigung zu medienkompetentem Handeln in die Lage versetzt werden können, aktiv an Gesellschaft teilzuhaben. Wie bereits herausgestellt, kann dabei von einer Kumulation des Medialen mit dem Politischen ausgegangen werden.

Medienkompetenz dient jedoch nicht nur für politische Bildung als klassisches Ziel, sondern wird darüber hinaus benötigt zum Verständnis von Politik im Sinne einer sozialen Handlungskompetenz (vgl. Schorb 2017, S. 255), welche „auf die aktive Gestaltung der demokratischen Gesellschaft unter Einbezug der Medien gerichtet“ (ebd.) ist. Eine aktive Teilhabe an Demokratie fußt auf Medienkompetenz und kann demnach gleichermaßen als Ziel der Medienbildung als auch der politischen Bildung herausgestellt werden. Heraus schält sich der Gedanke der Partizipation, welcher für beide Bildungsbereiche gleichermaßen bedeutsam ist aufgrund des gleichen Handlungsraumes. Medienkompetenz scheint somit eine für die Demokratie unerlässliche Rolle einzunehmen, nicht zuletzt auch aufgrund ihres Zieles, ein reflektiertes Agieren mit Medien zu ermöglichen (vgl. Schorb 2017, S. 255). In einer Welt, welche von permanenter Neuorientierung durchzogen ist (vgl. Biermann 2013, S. 3), bedarf es einer Ausprägung von Reflexionsfähigkeit sowohl für den Umgang mit Medien als auch, darüber hinaus, für den Umgang mit politischen Inhalten.

Zu bedenken ist auch, dass die Medienkompetenz im Rahmen der politischen Bildung nicht nur ein bedeutungsträchtiges Ziel darstellt (vgl. Oberle 2017, S. 187f.), sondern vielmehr im Kontext von Medienwandel und Digitalisierung als Schlüsselkompetenz verstanden werden sollte (vgl. PPMB 2022, S. 3).

Mit den Ausführungen zur Medienkompetenz lässt sich demnach skizzieren, dass nicht nur eine Verwobenheit zwischen Politischer Bildung und Medienbildung vorzuliegen scheint, sondern vielmehr auch die Medienkompetenz in dieses Geflecht verwoben wurde. Jene Verwobenheit kann nicht zuletzt durch die folgende Ausführung der KMK herausgestellt werden: „[m]angelnde Medienkompetenz beschränkt die Möglichkeit des Einzelnen zur mündigen politischen Mitwirkung und kulturellen Partizipation. Medienbildung ist somit Teil von politischer Bildung und trägt damit zur Ausgestaltung unserer auf Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität ausgerichteten Gesellschaft bei“ (KMK 2012, S. 4f.).

Zur Rolle der Online-Medien

Angesichts der rasanten Entwicklung des Internets sollte stets vor Augen geführt werden, dass die klassischen Medien keine Gatekeeper-Funktion mehr erfüllen (vgl. Oberle 2017, S. 189). Das bedeutet, dass nutzende Personen zu Content Providern werden und gleichzeitig in die nutzende, wie auch produzierende Rolle schlüpfen können. Viele Politiker*innen wissen um die Möglichkeit des direkten Dialogs zwischen Bürger*innen und Politiker*innen und nutzen beispielsweise die eigene Präsenz in Facebook zur wirkungsvollen Form der Kommunikation (vgl. Kneuer 2017, S. 46). Jene direkte Kommunikationsmöglichkeit geht zugleich auch mit einem „Bedeutungsverlust institutionalisierter Kommunikationskanäle“ (ebd.) einher. Vor diesem Hintergrund bedarf es insbesondere der Medienkritik und einer entsprechenden Reflexionsfähigkeit aufseiten der Heranwachsenden, beispielsweise wenn es darum geht, die starke Ressentimentlastigkeit in diversen Kurzvideos der auf TikTok hochpräsenten Partei Alternative für Deutschland einzuschätzen (vgl. Pogner 2024).

Durch den Mediatisierungsprozess ergibt sich die Öffnung und Vergrößerung des menschlichen Handlungsspielraumes als auch eine neue Form der politischen Partizipation (vgl. Endeward 2019, S. 298). Dies wird auch im Kontext der Rolle von Anonymität im Netz ersichtlich. So kann Anonymität einerseits die Teilnahme an Kommunikation und somit am Diskurs erleichtern, auf der anderen Seite aber auch die persönliche Hemmschwelle, zum Beispiel in Form von Hate Speech, senken. (vgl. Kneuer 2017, S. 46).

Angesichts der beschriebenen Entwicklungen benötigen Bürger*innen eine Orientierungsfähigkeit in neuem Umfang und eigenes Wissen über die rahmenden Bedingungen bei der Bereitstellung von Informationen (vgl. Oberle 2017, S. 189).

Letztlich sollte auf Basis eines reflektierten Medienumgangs die Einsicht folgen, „dass Medien nie absolute Wirklichkeit, sondern nur medienspezifisch konstruierte und inszenierte Wirklichkeitsausschnitte liefern – unabhängig davon, ob wir sie ganz natürlich mit unseren Sinnen oder medial mit Technik wahrnehmen“ (Endeward 2019, S. 309).

Sozialisation

Der Verbindung von Medienbildung und politischer Bildung kann sich auch über das Feld der Sozialisation angenähert werden. Insbesondere durch die primäre Sozialisationsinstanz Familie wird sowohl ein Umgang mit politischen Inhalten als auch ein Umgang mit Medien vermittelt, wobei Mediensozialisation auch im Sinne eines Mitlernens im Alltag von Familie und Peers durch einen gemeinsamen Medienumgang abläuft (vgl. Spanhel 2011, S. 112). Berücksichtigung finden sollte dabei die unauflösliche Verknüpfung der Mediensozialisation mit der Familiensozialisation selbst. Für das Kleinkind einer jeden Familie bedeutet dies, ein Gleichgewicht zwischen dem eigenen Medienumgang und den in der Familie bevorzugten Sichtweisen, Präferenzen, Gewohnheiten und Wertorientierungen in Bezug auf die Medien zu finden (vgl. Spanhel 2011, S. 113). So „prägt der elterliche Einfluss bereits in der frühen Kindheit spezifische Mediennutzungsmuster, die auch längerfristig stabil bleiben“ (ebd.). Vor dem Hintergrund jener mediensozialisatorischen Grundlagen sollte stets bedacht werden, dass Kinder mit vielfältigen Medien im häuslichen Umfeld in Berührung kommen (vgl. z.B. MPFS 2022, S. 5) und nicht davon ausgegangen werden kann, dass die Nutzung immer begleitet erfolgt (vgl. z.B. MPFS 2022, S. 11), dass das Kind in Familie also bewusst Unterstützung erhält und empfehlenswerte Handlungsmotive vermittelt bekommt. Dementsprechend ist es notwendig, passende Angebote zur Medienkompetenzförderung bereits in der Grundschule anzusiedeln, um dem bis dato unstrukturierten bzw. ungesteuerten Medienhandeln ein erstes Fundament hin zu medienkompetentem Handeln entgegenzusetzen.

Die politische Sozialisation wiederum kann als Prozess definiert werden, „in dem Individuen in die politische Kultur eingeführt werden und ihre politische Identität ausbilden“ (Abendschön 2022, S. 61). Infolgedessen kommt es zum Erwerb politisch relevanter Einstellungen, Gefühle, Wertorientierungen und Verhaltensweisen als auch Kompetenzen und politischen Wissens (vgl. ebd.). Als wesentliches Fazit des Projektes *Demokratie Leben Lernen* konnte festgehalten werden, dass Kinder über ihre Eltern (als wesentliche Sozialisationsinstanz) bereits politische Einstellungen wahrnehmen, schon in der ersten Klasse über politisches Wissen verfügen und Unterscheidungen zwischen den verschiedenen Wissensbereichen vornehmen können (vgl. Vollmar 2007, S. 159). Auf Basis jenes Projektes lässt sich zudem herausstellen, dass

politische Orientierungen in der Familie eine wesentliche Rolle einnehmen und sich hinsichtlich dieser eine relative Beständigkeit vom Kindesalter an abzeichnet (vgl. Vollmar 2007, S. 121). Das Verständnis für Politik findet also eine zentrale Basis in Familie. Durch Medien wird, darüber hinaus, die Art der Wahrnehmung der Welt beeinflusst, was auch auf subjektive Vorstellungen und Bilder der Politik bezogen werden kann (vgl. Endeward 2019, S. 300).

Empirische Studie

Für die empirische Untersuchung der Forschungsfrage wurden leitfadengestützte Expert*inneninterviews durchgeführt. Die Expert*innen werden dabei nicht als Gesamtperson zum Analysegegenstand erhoben (vgl. Meuser/Nagel 1991, S. 442) und deren Auswahl selbst kann mit dem Forschungsinteresse begründet werden (vgl. ebd., S. 443).

Bei den ausgewählten Expert*innen handelt es sich um Personen des deutschsprachigen Raumes aus der Medienpädagogik (Prof. Dr. Stefan Aufenanger, Seniorprofessor im Bereich der Medienpädagogik an der Universität Mainz; Prof. Dr. Valentin Dander, Professor für Medienpädagogik an der Hochschule Clara Hoffbauer in Potsdam), der Politikwissenschaft/Politikdidaktik (Prof. Dr. Marc Partetzke, Professor für Politikdidaktik und politische Bildung an der Universität Hildesheim), der Grundschulpädagogik (Dr. Lars Förster, wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Professur für Grundschulpädagogik/Sachunterricht) sowie Personen aus der Lehrpraxis an Grundschulen (Frau Angelika Grüger von einer Dresdner Grundschule). Bei zwei namentlich nicht zu nennenden Expert*innen handelt es sich einerseits um einen Dozenten aus dem Bereich der Medienpädagogik (Interviewpartner 1) sowie eine wissenschaftliche Mitarbeiterin des Bereiches der Grundschulpädagogik/Sachunterricht, welche zuvor bereits als Grundschullehrerin tätig war (Interviewpartnerin 2).

Während sich der erste Block des Leitfadens auf die Erfassung demografischer Angaben bezog, diente der zweite Block zur Klärung der wesentlichen Begriffe. In diesem wurde nach der *Definition von Bildung, Medienbildung, Medienbildung an Grundschule, politischer Bildung* als auch *politischer Bildung an Grundschule* gefragt. Auf diese Weise sollte eingangs zunächst ein Fundament geschaffen werden, um dann zur Verzahnung von Politischer Bildung und Medienbildung hinzuleiten. Dies schien erforderlich, da Begriffsverständnisse bei den einzelnen Expert*innen nicht einfach vorausgesetzt werden können, zumal die Expert*innen unterschiedlichen Bildungsbereichen entstammen. Im dritten Block wurde zunächst der *Einfluss der digitalen Transformation auf die Medienbildung und die politische Bildung* erörtert, anschließend nach dem *Zusammenhang von Medienbildung und politischer Bildung*, nach dem *Vorteil einer gemeinsamen Betrachtung, beziehungsweise Umsetzung von Medienbildung und politischer Bildung*, nach den *möglichen Rahmenbedingungen*, welche damit einhergehen, sowie, final, nach den *aktuellen gesellschaftlichen Themen, welche bei der Verzahnung im Grundschulalter aufgegriffen werden sollten*, gefragt.

Für die Auswertung der leitfadengestützten Expert*inneninterviews hat sich eine interpretative Auswertungsstrategie angeboten (vgl. Meuser/Nagel 1991, S. 452). Ziel der Analyse ist dabei grundsätzlich das Herausstellen des übergreifend Gemeinsamen, wobei die Expert*innentexte als ein Gemeinsames zum Interpretationsobjekt gemacht werden (vgl. ebd.). Als konkrete interpretative Auswertungsstrategie wurde sich für die Umsetzung einer qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring entschieden, beziehungsweise explizit für eine zusammenfassende

Inhaltsanalyse mit induktiver Kategorienbildung (vgl. Mayring 2010, S. 66, 83). Auf diese Weise sollte „nach einer möglichst naturalistischen, gegenstandsnahen Abbildung des Materials ohne Verzerrungen durch Vorannahmen des Forschers“ (ebd., S. 84) gestrebt werden. Das induktive Vorgehen schien darüber hinaus als am passendsten, da die bisherige Forschungssituation zum untersuchten Gegenstand im Bereich der Grundschule nur mäßig ausgeprägt ist.

Ausgehend von den Leitfragen und dem Transkriptionsmaterial wurden im Rahmen der zusammenfassenden Inhaltsanalyse Fragestellungen formuliert, welche sodann als Selektionskriterien an das Material herangetragen wurden. Im Anschluss daran war es möglich, durch Zusammenfassungen induktiv Kategorien zu bilden. Ausgehend von den gebildeten Kategorien wurden im weiteren Verlauf so genannte Schlüsselkategorien gebildet, welche es zu interpretieren galt. Als Schlüsselkategorien wurden dabei jene Kategorien und Bestandteile von Kategorien verstanden, welche besonders häufig auftauchten, beziehungsweise zentrale Verbindungslinien zu anderen Kategorien oder Bestandteilen von Kategorien aufwiesen, oder bereits isoliert für sich als besonders relevant eingeschätzt werden konnten. Auf diese Weise konnten die folgenden Schlüsselkategorien zur Beantwortung der Forschungsfrage herausgestellt werden: *Zusammenhang zwischen Medienbildung und politischer Bildung, Rolle der Medien als Verzahnungsgedanke, Selbst-Welt-Bezug, Orientierungsfindung als Begründung der Verzahnung, Rolle der Medienkompetenz, Öffentlichkeit als Bindeglied, Rahmenbedingungen der Verzahnung* und final auch *Themen der Verzahnung*. Diese galt es anschließend zu interpretieren.

Darstellung der Ergebnisse

Die Bedeutsamkeit der Verknüpfung von Medienbildung und politischer Bildung ist nachfolgend über die aufgestellten Schlüsselkategorien (*Bedeutsame Rolle der Medien, Zusammenhang zwischen Medienbildung und politischer Bildung, Orientierungsfindung* sowie *Medienkompetenz*) aufzuzeigen. Auf diese Weise wird von unterschiedlichen Perspektiven auf die Wichtigkeit der Verknüpfung Bezug genommen. Aufgegriffen wird auch noch einmal der Grundschulkontext selbst.

Zur Relevanzbegründung von Medienbildung und politischer Bildung im Kontext „Grundschule“

Die befragten Expert*innen stellen fest, dass die kindliche Lebenswelt zunehmend medial durchdrungen ist und Medien demnach immer mehr in der Lebenswelt der Kinder Einzug halten (vgl. Interview Valentin Dander). Weiterhin kann auf Basis der Expert*inneninterviews festgehalten werden, dass sich Kinder täglich im politischen Raum befinden und bereits über politische Präkonzepte verfügen. Auch konnte auf Basis der Expert*innenaussagen herausgestellt werden, dass Kinder im Grundschulalter mindestens medial vermittelt mit großen politischen Themen der Politik in Berührung kommen (vgl. Interview Marc Partetzke). Dies verweist auf die Durchdringung der kindlichen Lebenswelt durch Politik, die bereits bei der Darstellung des aktuellen Diskursstandes herausgestellt werden konnte (siehe oben). Somit wird der befürwortenden Sicht bzgl. des Einbezugs von Politik in der Grundschule Raum gegeben und sich gleichermaßen gegen den äquivalenten theoretischen Ansatzpunkt positioniert, wonach aus der Konfrontation mit dem Politischen für Kinder eine Überforderung resultiere (vgl. z. B. Brüggelmann 2022, S. 87). Befinden sich Kinder täglich im politischen Raum, sind die Räume des kindlichen Alltags also immer auch als Räume der Politik zu begreifen.

Schlüsselkategorie: Bedeutsame Rolle der Medien

Hinsichtlich der Verbindung von Medienbildung und politischer Bildung kommt den Medien eine bedeutsame Rolle zu, wie auf Basis der Interviews herausgestellt werden konnte. Dies kann zunächst damit begründet werden, dass Medien strukturgebend wirken und einen alltagsverändernden Einfluss auf die Welt haben. Ihnen scheint demnach eine gewisse Wirkmächtigkeit durch ihren Einfluss innezuwohnen. Medien sind als wesentlicher Bestandteil der Welt zu betrachten, wobei die eigene Welt auch immer als die mediale Welt anzusehen ist. Weiterhin lässt sich mit den Worten Herr Prof. Aufenangers festhalten, dass sich die Medien quantitativ erweitern und qualitativ entwickeln (vgl. Interview Stefan Aufenanger). Sie stellen somit eine Vervielfältigung und Konkretisierung in einem dar. Ableiten lässt sich dabei eine Ergänzung um Vielheit sowie ein Wachstum um Güte und Wertigkeit. Dabei entspricht die Ergänzung um Vielheit ganz dem Charakter der digitalen Transformation, welche unter anderem dadurch gekennzeichnet werden kann, dass vielzählige Uneindeutigkeiten vorliegen, die unter anderem daraus resultieren, dass jeder als Sender und Empfänger zugleich auftreten kann (vgl. Schrape 2021, S. 7). Aufgrund der medialen Wirkmächtigkeit wird zudem ersichtlich, dass aus der Mediennutzung eine Beeinflussung und Instrumentalisierung resultieren kann, Medien also die Eigenschaft der Beeinflussbarkeit aufweisen. So antwortet Herr Dr. Förster auf die Frage, was er unter der Wirkungsmächtigkeit von Medien versteht, folgendes: „Der Medien? Es ist eine Waffe. Es ist auf jeden Fall ein Instrument, womit man Menschen beeinflussen kann, ganz bewusst. Die können instrumentalisiert werden.“ (Interview Lars Förster). Dabei scheint insbesondere heute eine Instrumentalisierung nicht fern, denkt man beispielsweise an Filterblasen im Kontext der Querdenken-Bewegung (vgl. Eckert/Leipertz/Schmidt). In Bezug auf digitale Medien stellt sich zudem heraus, dass sie als politische Akteure wirken und sich somit als am politischen Geschehen Beteiligte präsentieren. Im Zuge der Mediennutzung bedarf es im besonderen Maß der Reflexion. Es gilt, eine Distanz zum Geschehen aufzubauen, da vor allem Medien als schnell verfügbare Informationssammlung zu bezeichnen sind. So „kommt [man] natürlich schnell an viele Informationen ran, muss aber abwägen: Stimmen die jetzt? Stimmen die nicht? Sind die jetzt Fake News? Warum spricht er das so und nicht so an? Wie beeinflusst mich das selber in meiner Meinung?“ (Interview Angelika Grüger). Die Angebotspluralisierung der Medien und somit die Ergänzung um die quantitative Dimension der Vielheit kann aufseiten der Rezipient*innen zu erschwelter Nachvollziehbarkeit, beziehungsweise Kontrollierbarkeit digital vermittelter Botschaften führen, wie sich durch die Interviews aufzeigen lässt. Dies gilt insbesondere für Kinder.

Schlüsselkategorie: Zusammenhang zwischen Medienbildung und politischer Bildung

Zum Zusammenhang von Medienbildung und politischer Bildung ist zunächst als wesentlich herauszustellen, dass die „mediatisierte Gesellschaft, in der wir hier leben und global zumindest annähernd flächendeckend gelebt wird, nicht jenseits politischer Entscheidungsprozesse gedacht werden kann“ (Interview Valentin Dander). Demnach wirken politische Entscheidungsprozesse auf die mediale Gesellschaft, da diese letztlich selbst im medialen Raum zu verorten sind. Auch in den Aussagen von Prof. Aufenanger wird die als unweigerlich anzusehende Verwobenheit von Medienbildung und politischer Bildung ersichtlich: „Jede Medienbildung ist

auch immer eine Bildung über die Rolle von Medien in politischen Prozessen und in Demokratien“ (Interview Stefan Aufenanger). Es zeigt sich, dass der Zusammenhang zwischen Medienbildung und politischer Bildung immer stärker wird², beziehungsweise, „dass Medienbildung und politische Bildung miteinander verschmelzen“ (Interview Lars Förster). Dabei sollte nicht unberücksichtigt bleiben, dass ein vollständiges Verstehen der Berichterstattung über politische Prozesse laut den Expert*innen nur durch die Verknüpfung von Medienbildung und politischer Bildung möglich wird. Auf diese Weise wird zugleich die Notwendigkeit der Verzahnung unterstrichen.

Schlüsselkategorie: Orientierungsfindung

Auch der Orientierungsfindung kommt eine bedeutungsträchtige Rolle zu. Das zeigt sich u. a. an der Aussage, dass Medien „immer bedeutender werden für Sinnbildung und Orientierung finden, gerade bei Kindern und Jugendlichen“ (Interview Stefan Aufenanger). Festhalten lässt sich in diesem Zusammenhang, dass bereits Kinder und Jugendliche nach jener Sinnbildung und Orientierungsfindung streben, im Sinne eines zu stillenden Bedürfnisses nach Selbstverwirklichung (vgl. Tulodziecki/Herzig/Grafe 2021, S. 56).

Als potentielle Schwierigkeit ist jedoch herauszustellen, dass sich Orientierung im medialen Raum vervielfältigt, woraus viele Bezugspunkte zur potentiellen Orientierung resultieren. Dies könnte zugleich als eine „Vervielfältigung von Orientierung“ (Interview Interviewpartner 1) bezeichnet werden, wobei es „ganz viele Bezugspunkte [gibt], an denen man sich jetzt plötzlich orientieren kann, die vielleicht auch eher den eigenen Gewohnheiten, eigenen Interessen entspringen“ (Interview Interviewpartner 1, Änderung: L.J.S.). Um auf die Vielfalt entsprechend reagieren zu können, bedarf es ganz zentral einer Orientierungsfähigkeit. Diese ist erforderlich, um auf die vielen möglichen Orientierungspunkte und somit auf den Wertepluralismus im digitalen Raum entsprechend reagieren zu können (vgl. Tulodziecki et al. 2010, S. 60f.).

Gleichzeitig stellt sich heraus, dass mit der Orientierung die Frage nach der eigenen Rolle, beziehungsweise das zu findende Bewusstsein über die eigene Rolle in der Zivilgesellschaft einhergeht (vgl. Interview Stefan Aufenanger). Rollen können dabei eingenommen und zugleich aber auch abgestreift werden, eine Rolle kann sich entwickeln und eine Rolle kann gewechselt werden. Im digitalen Raum ist dies einfacher möglich als im realen Raum. Daraus resultiert ein zu erlangendes Bewusstsein um die eigene Rolle und die Rollen anderer und um die Auswirkungen, welche die eigene Rolle im digitalen Raum haben kann. Indem Rollenbilder für jede Art der Orientierung, so zum Beispiel der sexuellen Orientierung oder der politischen Orientierung im medialen Raum gefunden werden können, gilt es zu bedenken, dass der Entwicklung des eigenen Selbst mit individuellen Orientierungen auch immer eine politische Komponente innewohnt.

Schlüsselkategorie: Medienkompetenz

Auf Basis der Expert*innenaussagen lässt sich zunächst festhalten, dass Medienkompetenz notwendig ist, um auf Politik zu reagieren, wenn man bedenkt, dass Politik durch Medien wirkt,

² Selbstverständlich gibt es aber auch weiterhin Themenfelder beider Bildungsbereiche, die nicht miteinander verzahnt werden (können), worauf auch Interviewpartner 1 verweist.

beziehungsweise, dass „das Politische im weitesten Sinne heute nicht a-medial gedacht werden kann“ (Interview Valentin Dander). Darüber hinaus bedarf es für ein politisches Bilden sowie ein Verstehen von Inhalten mit politischem Sinngehalt eines medienkompetenten Umgangs (vgl. Interview Angelika Grüger). Weiterhin kann auf Basis der Interviews die Medienkompetenz als Handlungskompetenz herausgestellt werden. So zielt die Medienkompetenz darauf ab, zum Handeln zu befähigen, beziehungsweise ein Agieren-Können im medialen Raum zu ermöglichen. Die Handlungskompetenz erweist sich hierbei zugleich für die politische Bildung als notwendig. So besticht die Handlungskompetenz in einer Demokratie dadurch, „für [die] eigene Meinung einzutreten, Urteilsfähigkeit zu bilden, kritisch zu hinterfragen und zu handeln“ (Interview Interviewpartnerin 2). Da Medien jedoch die Welt und somit auch die politische Welt durchdringen, Politik und Demokratie durch Medien wirken, gilt es, die Eigenschaften der Handlungskompetenz auch auf den digitalen Raum zu beziehen. Was sich dabei abzeichnet, kann wohl unter dem Begriff der Medienkompetenz subsummiert werden. Hervorgehoben werden muss jedoch, dass mit der Betrachtung von Medienkompetenz selbst nur die Nähe zwischen Medienbildung und politischer Bildung, nicht aber die Relevanz für deren Verknüpfung erklärt werden kann. Weitauers wesentlicher ist, dass Medienkompetenz und der Erwerb dieser als unerlässliches Fundament zum Aufbau von Mündigkeit wie auch Partizipationsfähigkeit zu verstehen ist. So kann mit den Worten Herrn Dr. Försters festgehalten werden: „Und ich denke, die Kompetenz, mit Medien umzugehen, aber auch die Logiken dahinter zu verstehen, ist vor allen Dingen eine Fähigkeit, die jeder Bürger und jede Bürgerin haben sollte, vor allen Dingen, wenn man sich als Demokrat versteht. Hat sozusagen auch etwas mit Mündigkeit des Bürgers zu tun.“ (Interview Lars Förster). Die Bürger*innen, als Basis der demokratischen Gesellschaft, brauchen demnach Medienkompetenz, da durch diese die Befähigung zu Mündigkeit resultiert. Anders formuliert könnte es wohl lauten: ohne Medienkompetenz keine Mündigkeit. Mündigkeit erweist sich vor allem deshalb als derartig wesentlich, da diese als Ziel der Demokratie verstanden werden kann und dazu befähigen soll, „selbstständig zu denken, kritisch zu sein, kritisch zu hinterfragen“ (Interview Interviewpartnerin 2). Sie beinhaltet demnach zentral eine Ebene der Reflexion, welche auch in Kritikfähigkeit ihren Ausdruck finden kann.

Darüber hinaus erweist sich die Fähigkeit zur Partizipation auf Basis der Medienkompetenz als wesentlich. So bedarf es der Medienkompetenz für (politische) gesellschaftliche Teilhabe (vgl. Interview Interviewpartner 1). Bedenkt man, dass Gesellschaft immer mehr auch als digitale Gesellschaft betrachtet werden sollte (aufgrund ihrer Anwesenheit *im* und ihres Mitwirkens *am* digitalen Raum), zeigt sich, welche besondere Rolle der Teilhabe, beziehungsweise Partizipation zukommt. Um jedoch gemeinsam entscheiden und gestalten zu können, also gesellschaftlich teilhaben zu können, bedarf es wiederum der Mündigkeit (siehe oben).

Festzuhalten gilt letztlich, dass Medienkompetenz zu Mündigkeit führt und Mündigkeit wiederum den Ausgangspunkt zur Teilhabe darstellt. Grundlegend gilt es, Partizipation, Beteiligung und Mitsprache auch in der Grundschule zu ermöglichen (vgl. Interview Valentin Dander). Ist der Begriff der Partizipation im Sinne eines aktiven Mitwirkens und Mitgestaltens (hier vor allem im digitalen Raum) womöglich noch etwas hochgegriffen, kann der Alternativbegriff der Mitsprache jedoch, sei es im Klassenraum oder im medialen Raum, ansetzen. So

lässt sich Mitsprache im digitalen Raum auch schon für Grundschüler*innen finden, nicht zuletzt dort, wo in einem Klassenchat ein Thema gemeinsam ausgehandelt wird.

Fazit

In Anlehnung an die bisher vorhandenen theoretischen Erkenntnisse konnte auf Basis der durchgeführten Studie ersichtlich werden, dass das Politische in gegenwärtigen Gesellschaften sehr eng mit Medien verknüpft ist, weshalb eine verbindende Betrachtung von Medienbildung und politischer Bildung immer dringlicher wird. Es ist demnach nicht mehr möglich, Politik ohne Medien zu denken, da Medien die entscheidende Bühne für Politisches darstellen. Auf diese Weise verschwimmen auch die Grenzen zwischen Mediennutzer*innen und politischen Bürger*innen immer mehr. In dem Moment, wo beispielsweise ein Like unter ein Posting zu einer Querdenken-Demo gesetzt wird, ist man politisch. Wenn ein Like beispielsweise unter einen Post von Dana International, einer transsexuellen israelischen Sänger*in, gesetzt wird, ist man politisch, obwohl als unmittelbarer Rahmen dann eher der künstlerische Raum zu nennen wäre. Wenn Politisches nicht mehr a-medial gedacht werden kann, bedeutet dies zugleich: Politik im medialen Raum hat viele Gesichter.

Weiterhin ist auf die große Dynamik im Bereich der gesellschaftlichen Medienentwicklung zu verweisen, welche das Verhältnis von Politik und Medien stetig verändert. Die damit einhergehende Angebotspluralisierung der Medien führt dabei zu einer erschwerten Nachvollziehbarkeit, beziehungsweise Überprüfbarkeit der medial vermittelten Botschaften, wie es beispielsweise anhand politischer Desinformationen verdeutlicht werden kann. Auf diese Weise wird auch der Einfluss des Dargestellten für die Kinder selbst undurchschaubar, wobei zu bedenken ist, dass das medial Dargestellte für Kinder immer mit einem Einfluss auf Selbst und Welt verbunden ist. Nicht zuletzt ist anzuführen, dass die für eine Demokratie notwendige Mündigkeit ohne eine Verknüpfung von Medienbildung und politischer Bildung nicht zu erwerben ist. Diese ist jedoch unbedingt erforderlich, da Medien und Politik in der kindlichen Lebenswelt bereits sehr bedeutsam sind.

Ausgehend von den gewonnenen Erkenntnissen sollte bedacht werden, dass damit auch Forderungen in Bezug auf die Grundschule verbunden sind. Auf Praxisebene müsste demnach ein Vorantreiben der Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte auf unterschiedlichen Ebenen resultieren. Damit geht einher, dass nicht nur diverse Curricula entsprechend anzupassen wären. Vielmehr bedeutete dies beispielsweise auch, die Lehrkräftebildung angemessen zu reformieren.

Da Kinder täglich im politischen wie auch medialen Raum agieren und sich der Raum der Öffentlichkeit jedoch stets verändert, muss bereits bei ihnen Mündigkeit angebahnt werden. Fest steht: Kinder werden in der Demokratie später als politische Bürger*innen handeln.

Literatur

- Abendschön, Simone (2022): Politische Sozialisation von Kindern im Vorschul- und Grundschulalter. In: Baumgardt, Iris/Lange, Dirk (Hrsg.): *Young Citizens. Handbuch politische Bildung in der Grundschule*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 60–68.
- Asen-Molz, Katharina/Gößinger, Christian/Rank, Astrid (2020): Im Tandem politische Medienbildung stärken. Studierende und Lehrkräfte gestalten gemeinsam die Förderung politischer Bildung unter der Perspektive der Digitalisierung. In: Kaspar, Kai/Becker-Mrotzek, Michael/Hofhues, Sandra/König, Johannes/Schmeinck, Daniela (Hrsg.): *Bildung, Schule, Digitalisierung*. Münster, New York: Waxmann, S. 278–283.
- Bade, Gesine (2024): Lehrkräfte im Sachunterricht zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Unterschätzte Potentiale Politischer Bildung in der Grundschule. Frankfurt a. M.: WOCHENSCHAU Verlag.
- Biermann, Ralf (2013): Medienkompetenz – Medienbildung – Medialer Habitus. Genese und Transformation des medialen Habitus vor dem Hintergrund von Medienkompetenz und Medienbildung. In: *Medienimpulse*, 51 (4), S. 1–24.
- Blaseio, Beate (2022): Politische Bildung in den Grundschulfächern. In: Baumgardt, Iris/Lange, Dirk (Hrsg.): *Young Citizens. Handbuch politische Bildung in der Grundschule*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 243–252.
- Brüggemann, Marion (2019): Berufsfeld Grundschule. In: Bosse, Ingo/Schluchter, Jan-René/Zorn, Isabel (Hrsg.): *Handbuch Inklusive und Medienbildung*. Weinheim Basel: Beltz Juventa, S. 111–118.
- Brüggelmann, Hans (2022): Politische Bildung in der Grundschule – Eine Bestandsaufnahme. In: Baumgardt, Iris/Lange, Dirk (Hrsg.): *Young Citizens. Handbuch politische Bildung in der Grundschule*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 87–96.
- Deutsche Telekom Stiftung (2014): *Medienbildung entlang der Bildungskette*. Bonn. [telekom-stiftung.de/sites/default/files/files/media/publications/buch_medienbildung.bildungskette_end.pdf](https://www.telekom-stiftung.de/sites/default/files/files/media/publications/buch_medienbildung.bildungskette_end.pdf).
- Endeward, Detlef (2019): Politische Sozialisation und Kompetenzbildung von Heranwachsenden in der digitalen Gesellschaft. In: Stapf, Ingrid/Prinzing, Marlis/Köberer, Nina (Hrsg.): *Aufwachsen mit Medien. Zur Ethik mediatisierter Kindheit und Jugend*. Baden-Baden: Nomos, S. 297–314.
- Eckert, Svea/Leipertz, Sabine/Schmidt, Caroline (o.J.): *Querdenker. Wie sich Menschen aus der Mitte radikalieren*. story.ndr.de/querdenker/index.html.
- Goll, Thomas/Schmidt, Ingrid (2021): Politische Bildung von Anfang an (Kindertagesstätten und Sachunterricht). In: Goll, Thomas/Schmidt, Ingrid (Hrsg.): *Politische Bildung von Anfang an? Kindertageseinrichtungen und Grundschulen als Orte politischer Bildung und demokratischen Lernens*. Bad Heilbrunn: Verlag Julius Klinkhardt, S. 7–16.
- Herzig, Bardo (2012): *Handbuch Medienpädagogik, Band 1: Medienbildung*, München: kopaed.
- Herzig, Bardo/Martin, Alexander (2017): Erfassung und Messbarkeit von Medienkompetenz als wichtige Voraussetzung für politische Bildung. In: Gapski, Harald/Oberle, Monika/Staufer, Walter (Hrsg.): *Medienkompetenz. Herausforderungen für Politik, politische Bildung und Medienbildung*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S.126–135.
- Kenner, Steve/Lange, Dirk (2018): Digital Citizenship Education. Digitale Medienkompetenz als Aufgabe der Politischen Bildung. In: *Informationen zur Politischen Bildung. Medien und politische Kommunikation*. Heft 43, S. 13–18.
- Kenner, Steve/Lange, Dirk (2022): *Young Citizens – Das Politische an der politischen Bildung*. In: Baumgardt, Iris/Lange, Dirk (Hrsg.): *Young Citizens. Handbuch politische Bildung in der Grundschule*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 18–27.
- (KMK) Kultusministerkonferenz (2012): *Medienbildung in der Schule. Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 08.03.2012, Berlin*. [kmk.org/fileadmin/Dateien/veroeffentlichungen_beschluesse/2012/2012_03_08_Medienbildung.pdf](https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/veroeffentlichungen_beschluesse/2012/2012_03_08_Medienbildung.pdf).

- (KMK) Kultusministerkonferenz (2017): Bildung in der digitalen Welt. Strategien der Kultusministerkonferenz. kmk.org/fileadmin/pdf/PresseUndAktuelles/2018/Digitalstrategie_2017_mit_Weiterbildung.pdf.
- Kneuer, Marianne (2017): Politische Kommunikation und digitale Medien in der Demokratie. In: Gapski, Harald/Oberle, Monika/Staufer, Walter (Hrsg.): Medienkompetenz. Bonn: 2017, S. 43–52.
- Mayring, Philipp (2010): Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. 11., aktual. und überarb. Aufl., Weinheim, Basel: Beltz Verlag.
- Meuser, Michael/Nagel, Ulrike (1991): ExpertInneninterviews – vielfach erprobt, wenig bedacht: ein Beitrag zur qualitativen Methodendiskussion. In: Garz, Detlef/Kraimer, Klaus (Hrsg.): Qualitative empirische Sozialforschung: Konzepte, Methoden, Analysen. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 441–471.
- (MPFS) Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest: KIM-Studie 2022. Kindheit, Internet, Medien. Basisuntersuchung zum Medienumgang 6- bis 13-Jähriger. mpfs.de/fileadmin/files/Studien/KIM/2022/KIM-Studie2022_website_final.pdf.
- Oberle, Monika (2017): Medienkompetenz als Herausforderung für die politische Bildung. In: Gapski, Harald/Oberle, Monika/Staufer, Walter (Hrsg.): Medienkompetenz. Herausforderung für Politik, politische Bildung und Medienbildung. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 187–196.
- Pogner, Isabel (2024): Was andere Parteien vom Erfolg der AfD lernen. Beitrag für die Tagesschau tagesschau.de/inland/gesellschaft/rechtsextremismus-jugendliche-100.html.
- (PPMB) Zentralen für politische Bildungsarbeit (2022): Positionspapier politische Medienbildung. politische-bildung.de/fileadmin/user_upload/Positionspapier_politische_Medienbildung.pdf.
- Schorb, Bernd (2009): Gebildet und kompetent. Medienbildung statt Medienkompetenz? lmz-bw.de/fileadmin/user_upload/Downloads/Handouts/schorb-gebildet-und-kompetent.pdf.
- Schorb, Bernd (2017): Medienkompetenz. In: Schorb, Bernd/Hartung-Griemberg, Anja/Dallmann, Christine: Grundbegriffe Medienpädagogik, 6., neu verfasste Auflage. München: kopaed, S.254–261.
- Schrape, Jan-Felix (2021): Digitale Transformation. Bielefeld: transcript Verlag.
- Spanhel, Dieter (2011): Medienerziehung. Erziehungs- und Bildungsaufgaben in der Mediengesellschaft. München: kopaed.
- Thom, Sabrina/Behrens, Julia/Schmid, Ulrich/Goertz, Lutz (2017): Monitor Digitale Bildung. Digitales Lernen an Grundschulen. Bertelsmann Stiftung.
- Tulodziecki, Gerhard (2017): Medienbildung. In: Schorb, Bernd/Hartung-Griemberg, Anja/Dallmann, Christine: Grundbegriffe Medienpädagogik, 6., neu verfasste Auflage. München: kopaed, S. 222–228.
- Tulodziecki, Gerhard/Herzig, Bardo/Grafe, Silke (2010): Medienbildung in Schule und Unterricht. Grundlagen und Beispiele. 1., Aufl., Bad Heilbrunn: Klinkhardt.
- Vollmar, Meike (2007): Politisches Wissen bei Kindern – nicht einfach nur ja oder nein. In: Deth, Jan W./Abendschön, Simone/Rathke, Julia/Vollmar, Meike (Hrsg.): Kinder und Politik. Politische Einstellungen von jungen Kindern im ersten Grundschuljahr. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 119–160.
- Wolf, Karsten D./Rummler, Klaus/Duwe, Wibke (2011): Medienbildung als Prozess der Umgestaltung zwischen formaler Medienerziehung und informeller Medienaneignung. In: Moser, Heinz/Grell, Petra/Niesyto, Horst (Hrsg.): Medienbildung und Medienkompetenz. Beiträge zu Schlüsselbegriffen der Medienpädagogik. München: kopaed, S. 137–158.

Informationen zur Autorin



Lisa Charlotte Junghans-Seefeldt hat an der Technischen Universität Dresden Lehramt an Grundschulen mit dem Kernfach Deutsch studiert. Ihr Schwerpunkt lag dabei im medienpädagogischen Bereich. So war sie unter anderem über mehrere Semester als Studentische Hilfskraft an der Professur für Medienpädagogik tätig. Nach einem erfolgreichen Abschluss an der Universität arbeitet sie aktuell als wissenschaftliche Hilfskraft am Forschungszentrum Center for Open Digital Innovation and Participation (CODIP) der TU Dresden.

lisa.junghans-seefeldt@mailbox.tu-dresden.de

Zitationshinweis:

Junghans-Seefeldt, Lisa Charlotte (2024): Zur Bedeutung von Medienbildung und politischer Bildung an Grundschulen. In: *Ludwigsburger Beiträge zur Medienpädagogik – LBzM*, 24, S. 1–16. doi.org/10.21240/lbzm/24/14.